

Innere Sicherheit/Anti-Terror-Datei

Terrorbekämpfung entscheidend gestärkt

Die im Deutschen Bundestag beschlossenen Anti-Terror-Gesetze erweitern und verbessern die Instrumente unserer Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die terroristische Bedrohung.

Anti-Terror-Datei ist für eine effektive Gefahrenabwehr unerlässlich

Auch unser Land kann akuter terroristischer Bedrohung ausgesetzt sein. Dies haben zuletzt die Anschlagversuche auf Nahverkehrszüge in Koblenz und Dortmund gezeigt. Deshalb müssen die Sicherheitsbehörden besser in die Lage versetzt werden, mögliche Gefahrenlagen frühzeitig zu erkennen und eine schnellstmögliche Ermittlung von Terrorverdächtigen zu gewährleisten.

Vernetzung der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern

Die Anti-Terror-Datei, für die sich die CSU seit Jahren stark gemacht hat, sichert eine schnelle Verfügbarkeit und bessere Vernetzung von Datenbeständen, die bei den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder über verdächtige Personen vorliegen. Damit erhält der Informationsaustausch zwischen den Polizeien und den Nachrichtendiensten eine neue Qualität.

In der Anti-Terror-Datei werden neben den Grunddaten zur Personen-Identifizierung auch solche Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden gespeichert, die eine zuverlässige Gefährdungseinschätzung ermöglichen. Hierzu gehören vor allem: Zugehörigkeit zu terroristischen Vereinigungen, Waffenbesitz, Telekommunikations- und Internetdaten, Bankverbindungen, Familienstand, Religionszugehörigkeit sowie Reisebewegungen und bekannte Aufenthalte an Orten mit terroristischem Hintergrund.

Schutz unbescholtener Bürger ist gewährleistet

Die Ausgestaltung der dringend notwendigen Anti-Terror-Datei sichert die gebotene Rechtsstaatlichkeit zum Schutz unbescholtener Bürger. Um datenschutzrechtliche Mindestvorkehrungen zu treffen und Datenmissbrauch zu verhindern, ist ein mehrstufiges Verfahren bei der Datenabfrage vorgesehen. Zugleich gibt die Anti-Terror-Datei den Sicherheitsbehörden ein effektives Instrumentarium zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung an die Hand.

Bewährte Instrumente zur Terrorismusbekämpfung werden fortgeschrieben

Das 2002 auf fünf Jahre befristete Maßnahmenpaket zu Terrorismusbekämpfung hat sich bewährt. Es wird für weitere fünf Jahre fortgeschrieben und weiterentwickelt.

Dies gilt für die speziellen Aufgaben des Verfassungsschutzes zur Sammlung und Auswertung von Informationen über extremistische Organisationen ebenso wie für die Aufgaben der Dienste bei der Aufklärung von Finanztransaktionen zur indirekten Unterstützung des Terrorismus. In diese wichtige Arbeit wird künftig auch der Zoll besser einbezogen.

Die Dienste werden künftig bei der Aufdeckung von Netzwerkstrukturen im gesamten Bereich der terroristischen Bedrohung tätig sein können - also auch im Kampf gegen rechtsextremen Terror.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

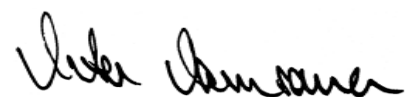
der von den Medien mit einiger Spannung erwartete CDU-Parteitag in Dresden hat eindrucksvoll bestätigt: Die Unionsparteien sind und bleiben die Parteien der bürgerlichen Mitte. Der große Zuspruch, den unser Parteivorsitzender Dr. Edmund Stoiber für seinen programmatischen Beitrag erfahren hat, unterstreicht zudem den engen Schulterschluss zwischen CDU und CSU.



Ein von den Kritikern erhofftes Aufbrechen von Grabenkämpfen blieb aus. Die intensiven Diskussionen waren vielmehr geprägt von einem Höchstmaß an Übereinstimmung in den Grundüberzeugungen, durch die sich CDU und CSU deutlich von ihren politischen Wettbewerbern unterscheiden. Die Unionsparteien brauchen keine politische Koordinatenverschiebung. Für uns gemeinsam gilt: Ein kraftvoller Sozialstaat braucht wirtschaftliche Stärke. Notwendig ist eine ausgewogene Balance zwischen den Ansprüchen an die Solidargemeinschaft und der Verantwortung jedes Einzelnen für sich selbst. Subsidiarität bedeutet, dass sich Solidarität auf Eigenverantwortung gründet. Chancengerechtigkeit ist der Schlüssel dafür, eigenverantwortlich handeln zu können. Gerechte Maßstäbe müssen Grundlage aller konkreten politischen Entscheidungen sein.

Eine Politik, die sich an diesen Grundüberzeugungen ausrichtet, ist nicht immer bequem. Wer sich aber in haltlose Versprechungen flüchtet, statt die Herausforderungen durch tatkräftiges Handeln anzunehmen, gefährdet das notwendige Vertrauen der Menschen. Die CSU bekennt sich zu ihrer Verantwortung für eine Politik der Mitte. Deshalb ist es gerade jetzt richtig und notwendig, die notwendigen Entscheidungen aktiv und verantwortlich mitzugestalten, statt abseits zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Arbeitsmarkt für Ältere/Altersvorsorge

Trendwende auf dem Arbeitsmarkt für weitere Impulse nutzen

Die guten Nachrichten vom Arbeitsmarkt setzen sich fort. Erstmals seit 2002 sank im November die Zahl der Arbeitslosen wieder unter die 4-Millionen-Marke. Nach nur einem Jahr großer Koalition ist Deutschland auf gutem Weg, vom „kranken Mann Europas“ wieder zur europäischen Wachstumslokomotive zu werden. Diesen Schwung gilt es zu nutzen. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen will die Große Koalition nun die Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Menschen sowie die Altersvorsorge verbessern.

Ca. 1 Millionen Menschen über 55 suchen eine Beschäftigung. Die Hälfte der deutschen Unternehmen beschäftigt keine Mitarbeiter mehr über 50 Jahren. Mit dem Programm „Initiative 50 Plus“ sollen deshalb die Chancen älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Von der Bundesregierung vorgeschlagen ist ein Eingliederungszuschuss, der für mindestens ein Jahr in Höhe von mindestens 30 Prozent der Lohnkosten geleistet wird. Die Förderhöchstgrenzen sollen bei drei Jahren und bei 50 Prozent der Lohnkosten liegen. Ein spezieller Kombilohn für Ältere sieht vor, dass ein Arbeitsloser bei der Annahme einer Beschäftigung, die geringer bezahlt wird als seine vorherige, einen Teil der Differenz als Zuschuss erhält. Im ersten Jahr der Beschäftigung soll die Hälfte der

Differenz erstattet werden, im zweiten Jahr noch 30 Prozent. Die Rentenversicherungsbeiträge sollen für zwei Jahre auf 90 Prozent des Niveaus aus der vorherigen Beschäftigung aufgestockt werden. Verbessert werden sollen auch Weiterbildungsmöglichkeiten für Ältere.

Die schrittweise Anhebung der Rentenaltersgrenze von derzeit 65 auf 67 Jahre ist die ehrliche Antwort auf die erfreulicherweise zunehmende Lebenserwartung. Die „Rente mit 67“ ist ein wichtiger Baustein, um die Alterssicherung auf eine solidere Grundlage zu stellen. Von 2012 an soll sie beginnend mit dem Jahrgang 1947 bis zum Jahr 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden. Die Stufen der Anhebung sollen jährlich einen Monat bis zum Erreichen eines

Renteneintrittsalters von 66 Jahren und danach jeweils zwei Monate betragen. Für die Geburtsjahrgänge ab 1964 wird damit die Regelgrenze von 67 Jahren gelten.

Die gesetzliche Rente bleibt Kernstück der Alterssicherung, muss aber zur Erhaltung des Lebensstandards durch private und betriebliche Altersvorsorge ergänzt werden. Deshalb soll die Förderung der privaten Altersvorsorge ausgebaut werden. Die Planungen der Regierung sehen vor, Berufseinsteigern bis zum 21. Lebensjahr, die einen sog. Riester-Vertrag abschließen, ab 2008 eine einmalige Prämie von 100 Euro zu gewähren. Im selben Jahr soll für ab dann geborene Kinder der jährliche Kinderzuschlag von derzeit 138 auf 300 Euro steigen.

Diese Woche

Innere Sicherheit/Anti-Terror-Datei

Terrorbekämpfung entscheidend gestärkt S. 1

Arbeitsmarkt für Ältere/
Altersvorsorge

Trendwende auf dem Arbeitsmarkt für weitere Impulse nutzen S. 2

Telekommunikation

Mehr Transparenz und Verbraucherschutz bei Telefondienstleistungen S. 2

Herbsttagung der „Evangelischen Akademie“ in Tutzing

Dr. Peter Ramsauer: Große Koalition kann sich keine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners leisten S. 3/4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Telekommunikation

Mehr Transparenz und Verbraucherschutz bei Telefondienstleistungen

Das in dieser Woche vom Deutschen Bundestag beschlossene „Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften“ verbessert den Schutz und die Rechte der Verbraucher. Mit dem Gesetz werden die Rechte und Pflichten der Anbieter von Telefondiensten neu geregelt, Missbrauchsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt und die Verbraucherrechte gestärkt.

Wer künftig die Fülle der unterschiedlichsten Auskunftsdienste nutzt oder sich z. B. Klingeltöne und Logos auf das Handy zuschicken lässt, muss vorher genau über den Preis für diese Dienstleistung informiert sein. Das Gesetz verpflichtet die Anbieter solcher Dienstleistungen deshalb zu eindeutigen Preisinformationen, die deutlich sichtbar und in gut lesbarer Form präsentiert werden müssen. Preisverschleierungen sind dann nicht mehr möglich.

Dies gilt nicht erst beim unmittelbaren Zugriff auf diese Dienste, sondern bereits für den Bereich der Wer-

bung – sei es für Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste wie Televoting oder Kurzwahldienste wie Klingeltöne etc. Insbesondere jugendliche Verbraucher bedürfen eines besonderen Schutzes, da sie besonders schnell in die Handy-Kostenfalle tappen. Die geschäftliche Unerfahrenheit von Kindern und Jugendlichen darf aber nicht ausgenutzt werden.

Mit dem Gesetz werden zugleich Preisobergrenzen für diese Telefondienste gesetzt. Zeitabhängig über Rufnummern abrechnete Dienstleistungen dürfen höchstens 3 Euro pro Minute kosten.

Herbsttagung der „Evangelischen Akademie Tutzing“

Dr. Peter Ramsauer: Große Koalition kann sich keine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners leisten

Die Erfolgsaussichten großer Koalitionen, aber auch deren Grenzen, waren Thema der traditionellen Herbsttagung, zu der vor gut zwei Wochen der ehemalige CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel namhafte Gäste in die Evangelische Akademie nach Tutzing eingeladen hatte. Dem Thema stellten sich Altkanzler Helmut Schmidt, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Struck, Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms (FDP), der Politologe Prof. Dr. Jürgen W. Falter sowie der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer. In seinem Grundsatzreferat betonte Dr. Ramsauer die besondere Verantwortung der an der Großen Koalition Beteiligten und warnte entschieden vor einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. In seinem Beitrag führte Dr. Ramsauer u.a. aus:

Viele Menschen, auch und gerade Politikwissenschaftler, hegen eine grundlegende Skepsis gegenüber einer Großen Koalition. Demokratie lebt von einer klaren Regierungsmehrheit und einer starken Opposition, wie wir es aus Staaten mit dem Mehrheitswahlrecht kennen. Große Koalitionen - so auch die Arbeitshypothese der heutigen Veranstaltung in Tutzing - verfügen zwar über große Mehrheiten, aber im Regelfall über einen kleinen gemeinsamen Nenner. In der Tat, das lehrt die Erfahrung, ist der Vorrat an Gemeinsamkeiten in einer Großen Koalition begrenzt. Große Koalitionen werden akzeptiert, wenn sie vom Wähler unbedingt gewollt werden. Das heißt: Wenn es zu ihnen keine realistische Alternative mit entsprechender Parlamentsmehrheit gibt.

Große Koalition: „Rechnerische Notlösung“?

Während kleine Koalitionen im Regelfall auf ein Zusammengehen über mehr als eine Legislaturperiode zielen, wird eine Große Koalition eher als „rechnerische Notlösung“ akzeptiert. Es handelt sich nach dieser Lesart gewissermaßen um eine „Ehe auf Zeit“ bzw. eine „politische Lebensabschnittspartnerschaft“, die bestrebt ist, mit mehr oder weniger guten Kompromissen über die Runden zu kommen, bis sich die ungelösten Probleme andere Mehrheiten bei den Wählern suchen.

Als Partei mit dominanter Machtposition in Bayern fällt es der CSU naturgemäß schwer, eine Große Koalition einzugehen. Die Älteren unter unseren Politikern und Anhängern erinnern sich noch an die erste Große Koalition, nach deren Ende wir 13 Jahre lang die harten Bänke der Opposition drücken mussten.

Von der Kontroverse zur Kooperation

Aus diesem Grunde war es für das heutige Führungspersonal mit erheblichen Problemen verbunden, Mitglieder und Wähler beim Weg in die jetzige Große Koalition „mitzunehmen“. Volksparteien wie die CSU gleichen in dieser Hinsicht Ozeanriesen, die über keine Servolenkung verfügen. Nachdem sich Unionsparteien und SPD während der Jahre von Rot/Grün in teilweise harten Auseinandersetzungen gegenüber standen, war es nicht einfach, die Basis von der Notwendigkeit dieses Schritts zu überzeugen.

Hinzu kommt: Die Große Mehrheit unserer Partei wie auch unserer Wähler, ist durch ein tief sitzendes Misstrauen

gegenüber den „Sozis“ geprägt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die großen politischen Schlachten über Markt- oder Planwirtschaft und über Freiheit oder Sozialismus.

Im Rückblick betrachtet war die Große Koalition von 1966 bis 1969 durchaus erfolgreich. Sie ist jedenfalls im Hinblick auf ihre Ergebnisse kein zwingender Grund, der prinzipiell gegen diese Konstellation sprechen würde. Es wurden damals weitreichende Reformvorhaben umgesetzt. Ich erinnere nur beispielhaft an die Sanierung der Staatsfinanzen, die große Finanzreform und Neugestaltung des Finanzausgleiches, die Einführung der sog. Gemeinschaftsaufgaben, das Stabilitätsgesetz mit den neuen Instrumenten der Finanzplanung und des Konjunkturrats sowie der Übergang zur Mehrwertsteuer.

Große Koalition ohne verantwortbare Alternative

Trotz der prinzipiellen Bedenken und der durchwachsenen Erfahrungen mit der Großen Koalition haben sich CSU und CDU nach der letzten Bundestagswahl durchgerungen, mit der SPD Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, die schließlich zur Bildung einer neuen Regierung geführt haben. Wir müssen den Willen des Wählers respektieren. Erfolgversprechende Alternativen in Form einer Minderheitsregierung oder einer Jamaika-Koalition schiedener aus. Der Weg zu schnellen Neuwahlen wäre beim Wähler auf wenig Verständnis gestoßen. Deshalb haben wir mit dem Abschluss des Koalitionsvertrags einer Neuauflage der Großen Koalition zugestimmt.

Alle Koalitionspartner sind zum Erfolg verdammt. Gelingt es dieser Koalition nicht, die großen Probleme unseres Landes zu lösen, werden möglicherweise die Parteien am rechten und linken Rand unseres politischen Spektrums den Nutzen daraus ziehen.

CSU findet sich mit ihrer Programmatik im Koalitionsvertrag wieder

Wir sind keineswegs der potentiell überflüssige Juniorpartner. Im Gegenteil: Alle wichtigen Entscheidungen der Koalition tragen auch die Handschrift der CSU. Darauf werden wir auch in Zukunft großen Wert legen. Denn es gilt, was Franz-Josef Strauß einst über die Große Koalition gesagt hat: es geht nicht hin, wenn der eine den Part des Kochs übernimmt und der andere als Kellner die Trinkgelder kassiert. Oder um eine früheres Bild von

Theo Waigel zu verwenden: Eine Koalition kann nicht funktionieren, wenn die eine Partei zur Arbeit im Steinbruch abkommandiert wird, und die andere den Marmor veräußert.

Gemeinsam vor großen Herausforderungen

Die Große Koalition kann sich keine Politik des kleinsten Nenners leisten, denn sie steht bekanntlich vor erheblichen Herausforderungen.

- ◆ Die ökonomische Globalisierung mit dem internationalen Standortwettbewerb, der Aufholjagd der Länder der Zweiten und Dritten Welt und der Entstehung eines grenzenlosen Kapitalmarktes schreitet unvermindert voran. Gewinnen werden diesen Prozess nur diejenigen, die mit Innovationen und Investitionen an der Spitze des Fortschritts marschieren. Dies erfordert einschneidende Maßnahmen zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.
- ◆ Das Vordringen neuer Technologien, an der Spitze die Mikroelektronik, wird zu einem entscheidenden Standortfaktor. Es zwingt uns zu wesentlichen Umgestaltungen im Bildungs- und Forschungsbereich. In der PISA-Studie ist das Nötige nachzulesen.
- ◆ Die Ost-Erweiterung der EU hat gewiss zu einer neuen Friedensarchitektur geführt. Aber das Aufkommen neuer Billiganbieter und zunehmende Betriebsverlagerungen sind die Kehrseite dieser Entwicklung. Deshalb müssen beim Projekt der Europäischen Einigung mehr denn je Antworten auf die Fragen der Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen, der Verteilung der Finanzlasten, der Außengrenzen und der Integrationsfähigkeit gegeben werden.
- ◆ Der demographische Wandel hält an. Niedrige Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung schlagen schon heute voll auf unsere Sozialsysteme durch. Wir werden deren Kern nur erhalten können, wenn wir zu einer Neuanpassung des Verhältnisses zwischen den Generationen gelangen.

Aufgaben gemeinsam bewältigen

Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist umso schwieriger, weil die Große Koalition zunächst einmal unter der Schlussbilanz der Vorgängerregierung leidet. Hinter uns liegen eine vierjährige Stagnation der Wirtschaft, eine rapide Zunahme der Massenarbeitslosigkeit sowie ausufernde Defizite in den öffentlichen Haushalten und den Sozialsystemen. Trotz Hartz IV haben sich die Reformen der Vorgängerregierung als unzulänglich erwiesen. Das zwangsläufige Ergebnis dieser Entwicklung war das Ende des vermeintlich rot/grünen Jahrzehnts.

Nach nur einem Jahr kann ich ökonomisch eine positive Zwischenbilanz ziehen. Der konjunkturelle Aufschwung hat mittlerweile ein breites Fundament. Auf dem Arbeitsmarkt können wir eine echte Trendwende feststellen. Und alle vorliegenden Stimmungsfaktoren deuten darauf hin, dass Verbraucher und Betriebe wieder optimistisch in die Zukunft blicken.

Dennoch haben sich die ökonomischen Daten bisher nicht in der politischen Stimmung niedergeschlagen. Die Menschen sind offenbar geneigt, ihr Augenmerk weniger auf positive als vielmehr auf negative Fakten zu richten.

Verbesserungen im ökonomischen Bereich oder der Ausbau der Familienförderung werden als selbstverständlich betrachtet, während über die schmerzhaften Einschnitte von der Erhöhung der Mehrwertsteuer bis zur längeren Lebensarbeitszeit lautstark geklagt wird.

„Mangel an sozialer Gerechtigkeit“ ?

Die Vorwürfe konzentrieren sich vorrangig auf den angeblichen Mangel an sozialer Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist jedoch ein schillernder Begriff. Er umfasst die Leistungsgerechtigkeit genau so wie die Verteilungsgerechtigkeit und die Belastungsgerechtigkeit. Wer höhere Lasten für Gutverdiener und stärkere Hilfen für Hartz IV-Betroffene verlangt, der muss auch die Grenzen der Belastbarkeit der Leistungsträger in Rechnung stellen.

Ist Deutschland ein unsoziales Land

- ◆ wenn jeder dritte Euro unseres Sozialprodukts für soziale Leistungen ausgegeben wird?
- ◆ wenn die oberen zehn Prozent der Einkommensteuerzahler über 54 Prozent und die oberen 50 Prozent der Einkommensteuerzahler über 90 Prozent des Lohn- und Einkommensteueraufkommens aufbringen?
- ◆ Wenn der Bund allein für die Rentenversicherung rund 80 Mrd. € aufbringt?
- ◆ Wenn die steuerlichen und sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der Familie in enger Abgrenzung fast 60 Mrd. € betragen?

Eine Leistungsgesellschaft ist zwangsläufig mit einer ungleichen Verteilung des Wohlstands verbunden. Die Maschen des sozialen Netzes sind bei uns recht eng geknüpft. Die hauptsächlich aus dem Problem der Arbeitslosigkeit resultierenden Fragen können wir nur lösen, wenn die Wirtschaft wächst, wenn investiert wird, wenn neue Arbeitsplätze entstehen. Mit einem Rückfall in eine längst überholte Umverteilungsideologie würden wir letztlich am Ast sägen, auf dem wir alle sitzen. Helmut Schmidt, hat dazu drastisch formuliert „...Das Jammern über Armut in Deutschland muss endlich aufhören. Wer heute bei uns als arm gilt und von Hartz IV lebt, hat einen höheren Lebensstandard, als in meiner Jugendzeit ein Facharbeiter mit 6köpfiger Familie“. Helmut Schmidts Aussage ist gewiss drastisch, aber keineswegs aus der Luft gegriffen.

Neues Gleichgewicht zwischen Solidarität und Subsidiarität

Wir müssen Abschied nehmen vom Vorrang der Verteilungsgerechtigkeit und künftig die Chancengerechtigkeit in den Vordergrund stellen. Mehr denn je brauchen wir Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Der Wohlfahrtsstaat mit einem Vollkaskotarif für alle Risiken ist nicht länger finanzierbar. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Solidarität und Subsidiarität.

Die Politik - und das heißt heute die Große Koalition - wäre schlecht beraten, würde sie vor den neuen Herausforderungen die Augen verschließen und den Wählern ein fröhliches „weiter so Deutschland“ versprechen. Wir müssen vielmehr gemeinsam bestrebt sein, diese Herausforderungen zu bewältigen, um unser Land wieder zukunftsfähig zu machen.